

Fragen

**für die Fragestunde der 172. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 30. Mai 2001**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Blank, Renate (CDU/CSU)	47, 48	von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	44, 45
Böttcher, Maritta (PDS)	6, 7	Dr. Kolb, Heinrich L. (F.D.P.)	27
Bonitz, Sylvia (CDU/CSU)	40, 41	Kopp, Gudrun (F.D.P.)	14, 15
Brüderle, Rainer (F.D.P.)	28, 29	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	32, 33
Dehnel, Wolfgang (CDU/CSU)	8, 9	Laumann, Karl-Josef (CDU/CSU)	2, 3
Dr. Faust, Hans Georg (CDU/CSU)	11, 30	Dr. Müller, Gerd (CDU/CSU)	16
Feibel, Albrecht (CDU/CSU)	24, 25	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	17
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	1	Schlee, Dietmar (CDU/CSU)	4, 5
Gehrcke, Wolfgang (PDS)	20, 21	Schlöten, Dieter (SPD)	34, 35
Günther, Joachim (Plauen) (F.D.P.)	49, 50	Schmidt, Christian (Fürth) (CDU/CSU)	38, 39
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	18, 19	Dr. Schockenhoff, Andreas (CDU/CSU)	42, 43
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	12, 13	Siemann, Werner (CDU/CSU)	22, 23
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	10, 31	Spranger, Carl-Dieter (CDU/CSU)	36, 37
Hohmann, Martin (CDU/CSU)	46	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	26

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	8
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

1. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU)

Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung richtig, dass der Einbau einer neuen Heizungs- oder Solaranlage in Wohnhäusern vom Staat im Verhältnis der Einbaukosten zur Förderungssumme stärker als der Einbau eines Kessels gefördert wird, in dem Holzpellets verfeuert werden (bitte Übersicht über die einzelnen Förderungsmöglichkeiten und -summen), und wie erklärt sie sich diese unterschiedliche Förderung, wenn man berücksichtigt, dass Holzpellets eines der umweltfreundlichsten Heizmaterialien sind und gerade in Süddeutschland durch den Sturm „Lothar“ große Mengen Holz angefallen sind, die zur Verarbeitung als Pellets und damit zur Verbrennung genutzt werden könnten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

2. Abgeordneter
Karl-Josef Laumann
(CDU/CSU)

Hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Gerd Andres, auf der IG-Metall-Veranstaltung am 8. September 1999 in Berlin angekündigt, die Änderung des alten „Streikparagraphen“ 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) – jetzt § 146 Drittes Buch des Sozialgesetzbuches – wieder rückgängig zu machen?
3. Abgeordneter
Karl-Josef Laumann
(CDU/CSU)

Will die Bundesregierung den § 146 Abs. 3 im Rahmen der anstehenden Reform des AFG novellieren, und wenn ja, in welcher Form?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

4. Abgeordneter
Dietmar Schlee
(CDU/CSU)

Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung auf die Bundesrepublik Deutschland von der in der Schweiz angestrebten Novellierung des Betäubungsmittelgesetzes, mit der der Anbau und Verkehr von Cannabis legalisiert und der Konsum har-

ter Drogen einschließlich der damit zusammenhängenden Vorbereitungshandlungen geduldet werden sollen?

5. Abgeordneter
Dietmar Schlee
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Sorge, dass diese Legalisierung eine erhebliche Sogwirkung auf Konsumenten und Dealer auslösen und damit der grenzüberschreitende Drogentourismus nachhaltig gefördert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

6. Abgeordnete
Maritta Böttcher
(PDS)
- Trifft es zu, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder Studiengebühren für ein wichtiges Instrument hält, um Deutschland in der Bildung wieder an die Spitze zu bringen, wie die Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ unter Berufung auf einen Kanzlerberater in der Ausgabe Nr. 21 vom 17. Mai 2001 auf S. 48 berichtet?
7. Abgeordnete
Maritta Böttcher
(PDS)
- Befürwortet Bundeskanzler Gerhard Schröder einen Ausschluss der Erhebung von Studiengebühren durch eine Weiterentwicklung des Hochschulrahmengesetzes?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

8. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU)
- Vergibt die Bundesregierung die für die Länder aus den UMTS-Erlösen bereitgestellten Infrastrukturmittel direkt an Projekte, und werden die Prioritäten der Verteilung durch den Bund oder von den Ländern festgelegt?
9. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU)
- Wie viele Mittel wurden bzw. werden für welche Projekte im Freistaat Sachsen bewilligt?

- | | |
|--|---|
| 10. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | Welche Chancen sieht die Bundesregierung zu einer verstärkten Rückverlegung der Regionalpolitik bzw. Regionalförderung von der EU-Ebene in die nationalen Zuständigkeiten?*) |
| 11. Abgeordneter
Dr. Hans Georg
Faust
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse enthält das vom Bundesministerium der Finanzen in Auftrag gegebene Gutachten „Infrastrukturausstattung und Nachholbedarf in Ostdeutschland“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung über die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland, unter anderem im Krankenhaussektor und Pflegeheimsektor, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus diesem Gutachten für einen Solidarpakt II? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

- | | |
|--|--|
| 12. Abgeordneter
Helmut
Heiderich
(CDU/CSU) | Wann beabsichtigt die Bundesregierung entsprechende rechtliche Regelungen zur Feststellung eines Schwellenwertes für den zufälligen Besatz von konventionellem Saatgut mit GVO-Bestandteilen (GVO: Gentechnisch veränderte Organismen) zu schaffen vor dem Hintergrund der jährlich wieder neu aufflammenden Debatten um die angebliche „Verunreinigung von Saatgut“ sowie in Befolgung der Empfehlungen der Wissenschaftler in dem Sachstandsbericht des Büros für Technikfolgenabschätzung (TAB) „Risikoabschätzung und Nachzulassung-Monitoring transgener Pflanzen“, vom November des Jahres 2000? |
| 13. Abgeordneter
Helmut
Heiderich
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung für die Beurteilung der Frage, ob ein Saatgut „verunreinigt“ ist oder nicht, bereits entsprechende Verfahren der Probenahme und der Analyse festgelegt und für eine objektive Ergebnisermittlung entsprechende Referenzlabors anerkannt, oder wann beabsichtigt sie dieses zu tun vor dem Hintergrund der Tatsache, dass verschiedene Proben derselben Partien von Saatgut einmal keinerlei „Verunreinigungen“, ein andermal Geringstspuren aufgezeigt haben und somit die Ergebnisse stark vom Zufall abhängig sind und sich im Bereich der Nachweisgrenze bewegen? |

*) siehe hierzu auch Frage 31

- | | |
|---|--|
| 14. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(F.D.P.) | Liegen der Bundesregierung konkrete Erkenntnisse vor, wie viel Tiermehl – aufgeschlüsselt nach den einzelnen Bundesländern – noch gelagert wird? |
| 15. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(F.D.P.) | Bis wann sollen die Tiermehlrestbestände vernichtet werden? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|--|---|
| 16. Abgeordneter
Dr. Gerd Müller
(CDU/CSU) | Welche Kosten sind durch die geplante Verlagerung der Schule für Feldjäger von Sonthofen nach Hannover am Standort in Hannover notwendig? |
| 17. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.) | Welche konkreten, keinen zeitlichen Aufschub dulgenden, für die deutsche oder internationale Sicherheitspolitik entscheidenden Fragen und Gesprächsinhalte hat der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, während seines Besuchs in Südamerika behandelt, und welches sind die Ergebnisse? |
| 18. Abgeordneter
Norbert Hauser
(Bonn)
(CDU/CSU) | Wie wird sich die Neustrukturierung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr mit dem Ziel, das bestehende Sanitätsamt der Bundeswehr mit Sitz in Bonn in ein „Sanitätsamt Neu“ mit Sitz in München und ein „Sanitätsführungskommando“ mit Sitz in Koblenz aufzuteilen, auf die in Bonn bisher vorhandenen Planstellen und Dienstposten im Zeitraum bis 2006 auswirken? |
| 19. Abgeordneter
Norbert Hauser
(Bonn)
(CDU/CSU) | Inwieweit entspricht die Verlagerung des bestehenden Sanitätsamtes der Bundeswehr und seine Aufteilung in zwei neue Ämter dem Sinn und Zweck des Berlin/Bonn-Gesetzes, das den Politikbereich der Verteidigung in Bonn ansiedelt und den Erhalt bzw. Ausbau des Standortes als Ausgleich für den Umzug von Bundestag und Teilen der Bundesregierung vorsieht? |

20. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(PDS)
- Warum hat der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, – wie aus einem Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 22. März 2001 zu schlussfolgern ist – einen Antrag auf einstweilige Verfügung gegen die WDR-Sendung „Es begann mit einer Lüge“ vom Februar 2001 zurückgezogen?
21. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(PDS)
- Auf welche Art hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit dieser Sendung eigene Recherchen angestellt?
22. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Wie vielen Offizieranwärtern wurde in den letzten drei Jahren durch die Offizierprüfzentrale eine uneingeschränkte Studierfähigkeit, eine eingeschränkte Studierfähigkeit und keine Studieneignung attestiert, und wie viele dieser Offizieranwärter wurden zum Studium zugelassen?
23. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Wie ist der Sachstand hinsichtlich der Einführung der Software-Programme SAP/SASPF in die Bundeswehr, und wie ist der Sachstand einer möglichen Übernahme von Teilprojekten des IT-Direktors bzw. des IT-Amtes durch die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

24. Abgeordneter
Albrecht Feibel
(CDU/CSU)
- Wie viele Mio. DM an Subventionen sind in den Jahren 1999 und 2000 für die Verbesserung des Schienennetzes vom Bund für die Deutsche Bahn AG (DB AG) bereitgestellt worden, unterteilt nach Neubaustrecken einerseits und Streckenertüchtigungen und Reparaturen andererseits?
25. Abgeordneter
Albrecht Feibel
(CDU/CSU)
- Wie viele Mio. DM dieser Bundesmittel wurden in den Jahren 1999 und 2000 bei der DB AG tatsächlich investiert?

26. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU)
- Werden auf der Tagesordnung des deutsch-französischen Gipfeltreffens am 12. Juni 2001 in Freiburg im Breisgau auch Themen der deutsch-französischen Zusammenarbeit stehen, die die Region am Oberrhein unmittelbar betreffen, wie z. B. die Forderung nach einer rechtlichen Trinationalisierung des Euro-Airports Basel-Mulhouse-Freiburg, die Verknüpfung des TGV Rhin-Rhône und des TGV Européen Est mit dem deutschen Schienennetz?
27. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(F.D.P.)
- Ist in den neu gebauten bzw. restaurierten Gebäuden der obersten Bundesbehörden und Bundesoberbehörden neben den „allgemeinen“ behindertengerechten Vorschriften auch die Kontrastoptimierung für Sehbehinderte berücksichtigt worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

28. Abgeordneter
Rainer Brüderle
(F.D.P.)
- Ist es richtig, dass das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit der Schaltung von Anzeigen begonnen hat, in denen für das Zwangspfand geworben wird, und diese breitgestreut, wie z. B. in der „Bild am Sonntag“ vom 13. Mai 2001, in überregionalen Zeitungen platziert?
29. Abgeordneter
Rainer Brüderle
(F.D.P.)
- Wie hoch sind die Kosten, die durch diese Anzeigenkampagne verursacht werden, und inwieweit ist von der Bundesregierung geprüft worden, ob eine solche Entscheidung, steuerfinanzierte Anzeigen im Vorfeld einer politischen Entscheidung zu schalten, auch haushaltsrechtlich zulässig ist?
30. Abgeordneter
Dr. Hans Georg Faust
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den Betrieb von Mobilfunk-/Sendeanlagen auf Krankenhäusern, insbesondere in der Nähe von Neugeborenenstationen vor, und welche neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse sind der Bundesregierung zur Gefährdung z. B. von Neugeborenen, Kleinkindern und Herzschrittmacherträgern bekannt?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

31. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Welche Schwerpunkte setzt die Bundesregierung für eine Informationskampagne zur EU-Osterweiterung im Hinblick auf erhebliche Defizite im Bewusstsein der Bevölkerung, die Chancen der Einigung Europas zu verdeutlichen, um im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern diese insbesondere auch in den Grenzregionen auf die Risiken im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit vorzubereiten?*)
32. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Welche Projekte in jeweils welcher Förderhöhe fördert die Bundesregierung im laufenden Jahr im Rahmen des § 96 Bundesvertriebenengesetzes?
33. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie hoch belief sich die Förderung für Projekte im Rahmen des § 96 Bundesvertriebenengesetzes im Jahre 2000 insgesamt, und welchen Betrag wandte die Bundesregierung jeweils in den Vorjahren seit 1998 für derartige Projekte auf?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

34. Abgeordneter
Dieter Schloten
(SPD)
- Hat die Bundesregierung, ungeachtet der bisherigen deutschen Beteiligung an der von der WEU im Auftrag und unter Finanzierung durch die EU seit 1997 in Albanien durchgeführten Polizeiausbildungs- und Beratungsmission MAPE (Multinational Advisory Police Element)/MAPEXT (Extended MAPE Mission), eine Weiterführung von MAPE/MAPEXT durch die EU nach dem 22. Juni 2001 abgelehnt, und wenn ja, aus welchen Gründen?
35. Abgeordneter
Dieter Schloten
(SPD)
- Was wird politisch unternommen werden, um die Ergebnisse der Mission MAPE zu sichern und den Ausbildungsstandard der albanischen Polizei weiter zu verbessern?

*) siehe hierzu auch Frage 10

36. Abgeordneter
Carl-Dieter Spranger
(CDU/CSU)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung die Veröffentlichung des von Botschafter Jürgen Chrobog am 31. März 2001 verfassten Protokolls des Gesprächs zwischen dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush und Bundeskanzler Gerhard Schröder, und wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen der Veröffentlichung dieses Protokolls auf das Ansehen des deutschen Auswärtigen Dienstes im Ausland (veröffentlicht z. B. in DER SPIEGEL und im FOCUS vom 21. Mai 2001)?
37. Abgeordneter
Carl-Dieter Spranger
(CDU/CSU)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung den großen Verteilerkreis des Drahtberichts von Botschafter Jürgen Chrobog über das Arbeitsgespräch zwischen dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush und dem deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder, und welche Konsequenzen sind nach Auffassung der Bundesregierung aus der Veröffentlichung des Gesprächsprotokolls für die künftige Behandlung und den Verteilerkreis von Drahtberichten deutscher Botschaften im Ausland zu ziehen?
38. Abgeordneter
Christian Schmidt (Fürth)
(CDU/CSU)
- Hat der Leiter der Abteilung Außenpolitik im Bundeskanzleramt, Ministerialdirektor Michael Steiner, während des Arbeitsgespräches des Bundeskanzlers Gerhard Schröder mit dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush die im Protokoll von Botschafter Jürgen Chrobog enthaltene Aussage über ein Gespräch mit Staatschef Muammar al-Gaddafi in Libyen gemacht (vgl. die Depesche von Botschafter Jürgen Chrobog: „... dieser [Gaddafi] habe eingestanden, daß sich Libyen an terroristischen Aktionen (La Belle, Lockerbie) beteiligt habe.“ – Quelle: DER SPIEGEL vom 21. Mai 2001)?
39. Abgeordneter
Christian Schmidt (Fürth)
(CDU/CSU)
- Wenn ja, warum hat die Bundesregierung diese Information nicht der zuständigen Staatsanwaltschaft im noch laufenden „La Belle“-Prozess in Berlin zur Verfügung gestellt?
40. Abgeordnete
Sylvia Bonitz
(CDU/CSU)
- Warum hat der sicherheitspolitische Berater im Bundeskanzleramt, Ministerialdirektor Michael Steiner, die Passage des von Botschafter Jürgen Chrobog verfassten Protokolls, die das Gespräch zwischen Michael Steiner und dem libyschen Staatschef Muammar al-Gaddafi behandelt, nicht korrigiert, wenn er sie für missverständlich oder falsch wiedergegeben hielt?

41. Abgeordnete
Sylvia Bonitz
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um eine Entschädigung der „La Belle“-Opfer zu erreichen, insbesondere auch im Hinblick auf die Erzielung einer außergerichtlichen Einigung, wie diese in vergleichbar gelagerten Fällen in Frankreich und Großbritannien möglich war?
42. Abgeordneter
Dr. Andreas Schockenhoff
(CDU/CSU)
- Treffen Presseberichte zu, nach denen es im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Gesprächsprotokolls von Botschafter Jürgen Chrobog vom 31. März 2001 zu Streitigkeiten zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundeskanzleramt gekommen ist, und ist nach Auffassung der Bundesregierung vor dem Hintergrund der Umstände der Veröffentlichung des Gesprächsprotokolls weiterhin eine vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit der Abteilung Außenpolitik des Bundeskanzleramtes und ihres Leiters, Ministerialdirektor Michael Steiner, mit dem Auswärtigen Amt, insbesondere mit den Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland gegeben?
43. Abgeordneter
Dr. Andreas Schockenhoff
(CDU/CSU)
- Hat Ministerialdirektor Michael Steiner bei seinem Gespräch mit dem libyschen Staatschef Muammar al-Gaddafi darauf hingewirkt, dass sich Libyen an der Aufklärung der Hintergründe des Anschlages auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin konstruktiv beteiligt, und wie gedenkt sich die Bundesregierung in Zukunft für die Opfer des Anschlages auf die Diskothek „La Belle“ einzusetzen und sich gegenüber Libyen dafür zu verwenden, dass sich Libyen an der Aufklärung der Hintergründe des Attentates beteiligt und Entschädigung leistet?
44. Abgeordneter
Eckart von Klaeden
(CDU/CSU)
- Wird sich die Bundesregierung beim amerikanischen Präsidenten George W. Bush und den Staats- und Regierungschefs der weiteren, von der „Protokoll-Affäre“ der Bundesregierung betroffenen Staaten für den entstandenen Schaden an Vertrauen und Glaubwürdigkeit in die deutsche auswärtige Politik entschuldigen, und wenn ja, in welcher Weise wird dies geschehen?
45. Abgeordneter
Eckart von Klaeden
(CDU/CSU)
- Welche organisatorischen und personellen Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung aus der „Protokoll-Affäre“ zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

46. Abgeordneter
Martin Hohmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, indem sie den ihr bereits zugeleiteten Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Kommunalbesoldungsverordnung des Bundes auf der Bundesratsdrucksache 761/00 vom 16. November 2000 umsetzt, ein Land wie Hessen in die Lage zu versetzen, seinen Kommunen eine angemessene Besoldung der Bürgermeister und Landräte zu ermöglichen, und wenn ja, wann ist mit dem Erlass der neuen Kommunalbesoldungsverordnung zu rechnen?
47. Abgeordnete
Renate Blank
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung im „Jahr der Freiwilligen 2001“ eine weitere Kürzung der finanziellen Ausstattung beim Technischen Hilfswerk (THW), und durch welche konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung sicherstellen, dass im Rahmen der politischen Neubewertung die flächendeckende THW-Präsenz erhalten bleibt und eine Auflösung mangels finanzieller Mittel abgewendet werden kann?
48. Abgeordnete
Renate Blank
(CDU/CSU)
- Was ist aus Sicht der Bundesregierung zu unternehmen, um die Einsatz- und Leistungsfähigkeit des THW angesichts steigender Anforderungen und Einsätze im In- und Ausland sowie geringerer finanzieller Mittel in Zukunft zu gewährleisten?
49. Abgeordneter
Joachim Günther (Plauen)
(F.D.P.)
- Liegt der Unterstützung von Russlanddeutschen ein Gesamtkonzept der Bundesregierung zugrunde, und welche Schwerpunkte beinhaltet dieses?
50. Abgeordneter
Joachim Günther (Plauen)
(F.D.P.)
- Verfügt die Bundesregierung über ein Konzept zur Förderung des Deutschunterrichts für Deutschlandrussen und zur Pflege der deutschen Kultur in Russland?